

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4627

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4627



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



«Während die Menschen in Ländern wie Peru ihren Treibhausgasausstoss reduzieren, erlaubt uns der Kompensationsmechanismus, unser klimaschädliches Verhalten etwa im motorisierten Individualverkehr weiterzuführen. Dies widerspricht dem Grundsatz der Klimagerechtigkeit.»

Caritas-Positionspapier zu den Schweizer Auslandskompensationen

Die Schweiz schiebt ihre Klimaverantwortung ins Ausland ab

Im Ausland kompensieren: ein fragwürdiger Teil der Schweizer Klimastrategie

In Kürze: Die Schweiz setzt für die Erreichung ihrer Klimaziele unter anderem auf Kompensationsprojekte im Ausland. Sie finanziert zu diesem Zweck Massnahmen, die in ärmeren Ländern umgesetzt werden, und rechnet sich deren Reduktionsleistungen an die eigene Klimabilanz an. Caritas Schweiz hat eine Studie in Auftrag gegeben, in der ein Pionierprojekt dieser Art analysiert wird. Das untersuchte Projekt fördert energieeffiziente Kochherde im peruanischen Hochland. Finanziert wird es durch die Schweizer Treibstoffimporteure, die dafür einen Aufschlag auf Benzin und Diesel erheben dürfen. Die Studie zeigt, dass der Kompensationsmechanismus mehr als fragwürdig ist: Zwar kommen die Kochherde in den betreffenden Haushalten an, aber Caritas Schweiz stellt infrage, dass das Projekt tatsächlich einen zusätzlichen Nutzen für das Klima hat. Vielmehr bedient sich die Schweiz einer einfachen Reduktionsmassnahme, die in Peru auch von einer Reihe anderer Akteure umgesetzt wird. Der peruanische Staat muss für die Erreichung seiner eigenen Klimaziele auf komplexere Massnahmen zurückgreifen. Gleichzeitig sinken mit diesen Projekten die Ambitionen der Schweiz, ihre Emissionen im Inland zu senken. Während die Menschen in Ländern wie Peru ihren Treibhausgasausstoss reduzieren, erlaubt uns der Kompensationsmechanismus, unser klimaschädliches Verhalten etwa im motorisierten Individualverkehr weiterzuführen. Dies widerspricht dem Grundsatz der Klimagerechtigkeit. Die Caritas fordert aus entwicklungspolitischen Überlegungen, dass die Schweiz auf Auslandskompensationen verzichtet und ihre Emissionen mit Massnahmen im Inland reduziert.

Die Schweiz muss ihre Treibhausgasemissionen senken – in massivem Umfang und in absehbarer Zeit. Nur so wird es möglich sein, einen angemessenen Beitrag zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu leisten. Dieses sieht vor, die durchschnittliche globale Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Alle Staaten müssen Anstrengungen unternehmen, um den Temperaturanstieg auf maximal 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Zu diesem Zweck verpflichteten sie sich, konkrete Massnahmen zu ergreifen, die sogenannten *Nationally Determined Contributions* (NDCs).

Die Schweiz hat sich in ihrem aktualisierten NDC-Bericht verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 mindestens zu halbieren. Bis 2050 soll das sogenannte Netto-Null-Ziel erreicht sein.¹ Die Stimmbevölkerung bestätigte dieses Ziel mit der Annahme des Klimaschutzgesetzes im Juni 2023. Es ist damit verbindlich festgelegt.

Um ihre Klimaziele zu erreichen, setzt die Schweiz nicht nur auf Reduktionsmassnahmen im Inland, sondern sie plant, durch Klimaschutzprojekte im Ausland einen Teil der Emissionen zu kompensieren. Das heisst, die Schweiz finanziert Projekte, die den Treibhausgasausstoss in anderen Ländern reduzieren, und rechnet diese Reduktionsmassnahmen den eigenen Klimazielen an. Die Emissionen werden dabei in der Schweiz nicht effektiv kleiner, sondern werden nur buchhalterisch ausgeglichen.

Auf den ersten Blick spielt es für das Klima keine Rolle, wo auf der Welt Treibhausgase eingespart werden. Wichtig ist allein, dass die Emissionen gesamthaft ausreichend sinken, damit eine zu starke Erderhitzung verhindert wird. Bei genauerer Betrachtung wirft der Kompensationsmechanismus der Schweiz allerdings eine Reihe von Fragen auf. Das vorliegende Positionspapier geht diesen Fragen nach. Dabei wird deutlich, dass der Kompensationsmechanismus dem Grundsatz der Klimagerechtigkeit widerspricht. Er führt dazu, dass die Schweiz ihre Verantwortung ins Ausland abschiebt, statt im Inland griffige Massnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise zu ergreifen.

Eines der ersten ausländischen Projekte, die mit Geldern aus der Schweiz finanziert und den Schweizer Klimazielen angerechnet werden, versorgt Haushalte in Peru mit energieeffizienten Kochöfen. Die peruanische NGO CooperAcción hat im Auftrag von Caritas Schweiz eine Studie durchgeführt, in der dieses Projekt unter die Lupe genommen wurde. Das Positionspapier fasst die Ergebnisse dieser Studie zusammen und ordnet sie ein.

Wie die Schweiz konkret Auslands- kompensation betreibt

Wie kommt es dazu, dass die Schweiz ihre Treibhausgase wie im Fall des peruanischen Projektes im Ausland zu kompensieren versucht? Die Schweiz hat entschieden, die Möglichkeit von Auslandskompensationen in zweierlei Hinsicht zu nutzen: Erstens sieht der Vorschlag zur revidierten Version des CO₂-Gesetzes für die Zeit nach 2025 vor, dass die Schweiz sogenannte internationale Bescheinigungen kauft, weil sie ihre Reduktionsziele bis 2030 nicht durch inländische Massnahmen erreichen wird. Mit internationalen Bescheinigungen sind Zertifikate aus ausländischen Klimaschutzprojekten gemeint. Für jede Tonne Treibhausgase, welche die Schweiz mehr ausstösst, als für die Erreichung der Klimaziele zulässig ist, müssen Klima-Zertifikate hinzugekauft werden. Der Bundesrat rechnet bereits jetzt damit, mit den Massnahmen aus dem revidierten CO₂-Gesetz bis 2030 lediglich eine Reduktion um 34 Prozent im Inland zu erreichen. Für die verbleibenden 16 Prozent, die zur Erreichung des Halbierungsziels notwendig sind, sollen Zertifikate gekauft werden.²

Unter welchen Bedingungen dieser Ankauf von Zertifikaten ablaufen wird, ist bis anhin unklar, da die entsprechende Verordnung des CO₂-Gesetzes noch nicht verabschiedet wurde. Es ist aber absehbar, dass der Mechanismus die Bundeskasse teuer zu stehen kommen wird. Die Auslandskompensationen sind also in diesem ersten Fall eine kostenintensive Überbrückungsmassnahme. Sie soll sicherstellen, dass die Schweiz die Klimaziele erreicht, obwohl die ergriffenen Massnahmen

Wieso engagiert sich Caritas Schweiz in der Klimapolitik?

Für Menschen im Globalen Süden ist die Klimakrise bereits harte Realität. Die Ärmsten tragen am wenigsten zur Erderhitzung bei, spüren die Folgen der Klimaveränderung aber am deutlichsten. Das ist ungerecht. Weder verfügen sie über die nötigen Mittel, um sich vor Dürren, Sturzfluten und Starkregen zu schützen, noch können sie auf eine soziale Absicherung zurückgreifen. Caritas Schweiz beobachtet diese Entwicklung heute schon in ihren rund zwanzig Projektländern und reagiert darauf mit Klimaschutz- und Anpassungsprojekten.

Im weltweiten Vergleich ist der Schweizer Klima-Fussabdruck pro Kopf sehr hoch. Entsprechend gross ist die schweizerische Mitverantwortung, jetzt zu handeln. Caritas Schweiz setzt sich deshalb für eine griffige und verantwortungsvolle Klimapolitik der Schweiz ein.

nicht ausreichen, um die Emissionen im Inland bis 2030 ausreichend zu senken.

Zweitens spielen Auslandskompensationen bereits heute in Zusammenhang mit den Emissionen aus dem Schweizer Verkehrssektor eine wichtige Rolle. Die Treibstoffimporteure unterstehen gemäss dem aktuell geltenden CO₂-Gesetz einer Kompensationspflicht. Diese schreibt ihnen vor, dass sie einen Teil der Emissionen durch Klimaschutzprojekte ausgleichen müssen. Seit 2022 sind dazu nicht nur Projekte im Inland, sondern auch solche im Ausland zulässig. Die Erfahrungen, die mit diesen ersten ausländischen Projekten gemacht wurden, können Hinweise darauf geben, ob die Strategie der Auslandskompensation erfolgversprechend ist. Daher lohnt sich die genauere Betrachtung erster konkreter Projekte.

Pariser Abkommen erlaubt Auslandskompensationen

Für das Vorgehen, ihre Treibhausgasemissionen im Ausland zu kompensieren, kann sich die Schweiz auf internationale Vereinbarungen abstützen. Das Pariser Klimaschutzabkommen schreibt nicht nur die globalen Klimaziele vor, sondern hält fest, dass die Staaten beim Klimaschutz Kooperationen eingehen und untereinander mit Reduktionszertifikaten handeln können. Artikel 6 des Abkommens regelt diesen staatlichen Handel mit Zertifikaten. Die gehandelten Reduktionsbescheinigungen werden als *Internationally Transferred Mitigation Outcomes* (ITMOs) bezeichnet. Ziel von Artikel 6 ist es, die Ambitionen der beteiligten Staaten im Klimaschutz zu steigern. Dabei soll aber verhindert werden, dass es zu Doppelzählungen kommt. Emissionsreduktionen dürfen also nicht den Klimazielen beider beteiligten Länder angerechnet werden. Auch die Transparenz des Handels soll sichergestellt werden.

Artikel 6.4. des Pariser Abkommens sieht vor, dass unter dem Dach der Klimarahmenkonvention ein multilaterales Regelwerk für den staatlichen Handel mit Klima-Zertifikaten entstehen soll. Da bis anhin in den Verhandlungen über dieses Regelwerk noch kein Konsens erreicht wurde, haben einige Staaten bereits die Möglichkeit genutzt, dass Klima-Zertifikate auch basierend auf bilateralen Klimaschutzabkommen zwischen den Ländern gehandelt werden können. Dieser bilaterale Handel ist in Artikel 6.2. des Pariser Abkommens festgeschrieben.

Die Schweiz hat sich in den Verhandlungen stark dafür eingesetzt, die Option der Auslandskompensationen in Artikel 6 zu verankern. Bei der Umsetzung von Artikel 6.2. über die bilateralen Klimaschutzverträge ist sie bestrebt, eine Pionierrolle einzunehmen. Sie nutzt damit gezielt die Situation, dass das

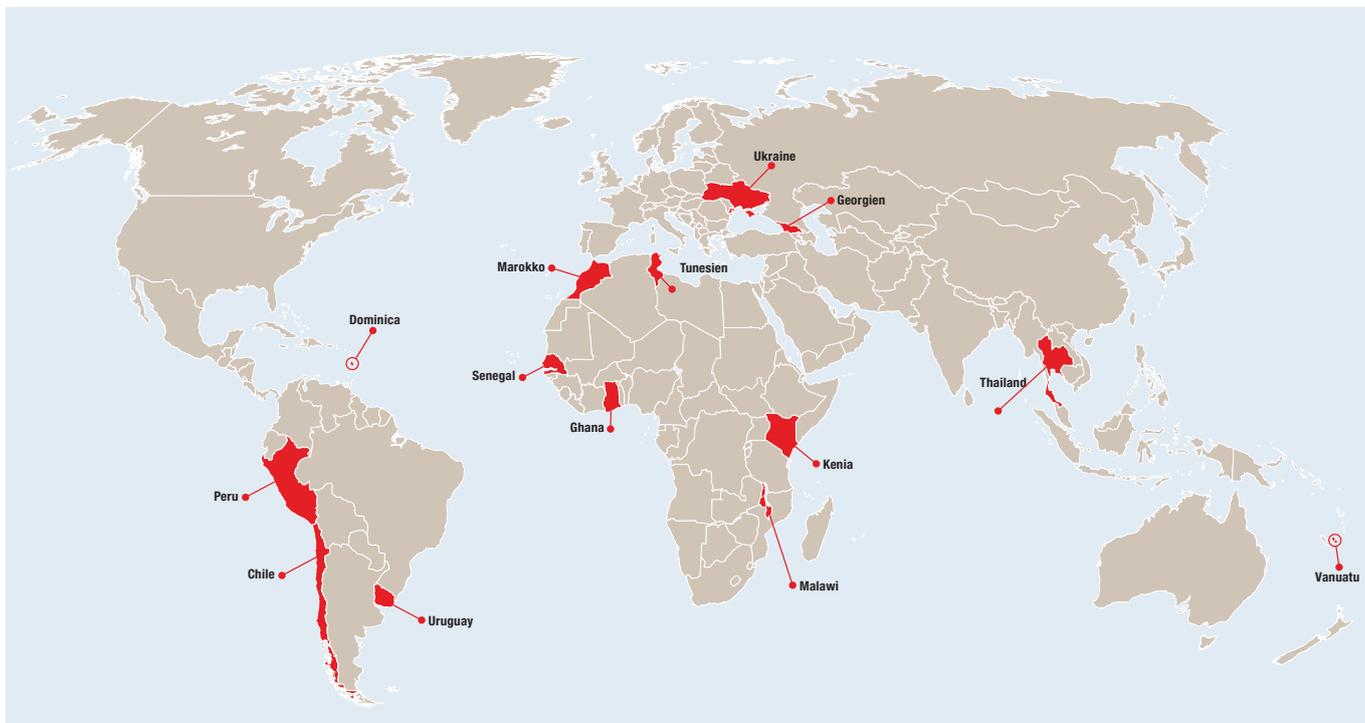


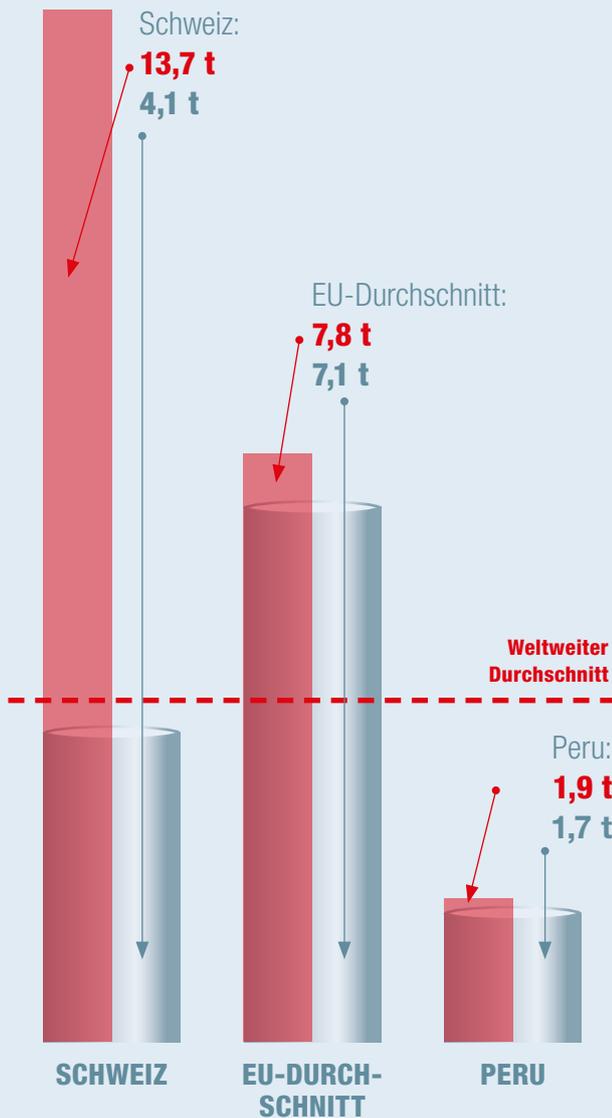
Abbildung: Länder, mit denen die Schweiz bilaterale Klimaschutzabkommen abgeschlossen hat.

multilaterale Regelwerk unter Artikel 6.4. noch nicht festgelegt ist, um dem globalen Handel mit ITMOs nach ihren Interessen und ihren Vorstellungen zu prägen.

So war es die Schweiz, die im Oktober 2020 mit Peru das weltweit allererste bilaterale Klimaschutzabkommen unter Artikel 6.2. abschloss. Seither ist sie Vereinbarungen mit 13 weiteren Partnerländern eingegangen, namentlich mit Ghana, Senegal, Georgien, Vanuatu, Dominica, Thailand, Ukraine, Marokko, Malawi, Uruguay, Chile, Kenia und Tunesien. In all diesen Ländern plant die Schweiz Klimaschutzprojekte umzusetzen, die dann den Schweizer Klimazielen angerechnet werden. Zu den konkreten Projekten gehören die Förderung von E-Bussen, Biogas- und Solaranlagen oder wie im Fall des Projektes in Peru energieeffizienten Kochöfen.

Überblick zu den Schweizer Treibhausgas-emissionen

CO₂-Emissionen pro Kopf und Jahr in Tonnen



----- = Weltweiter Durchschnitt

Roter Balken = Konsumationsprinzip

CO₂-Emissionen, die basierend auf dem Konsum eines Landes ausgestossen werden und somit auch Importgüter umfassen

Blaue Säulen = Territorialprinzip

CO₂-Emissionen, die innerhalb der Landesgrenzen ausgestossen werden

Das Pariser Klimaschutzabkommen ist zum Vorteil der Schweiz ausgestaltet, denn es basiert auf dem sogenannten Territorialprinzip. Das heisst, die Schweiz ist nur für jene Treibhausgasemissionen verantwortlich, die im Inland anfallen. Die Emissionen von in die Schweiz importierten Gütern werden hingegen den Produktionsländern angerechnet. Auch der internationale Flugverkehr wird nicht berücksichtigt. Neben der Schweiz profitieren nur Malta und Singapur noch stärker vom Territorialprinzip.

In Zahlen ausgedrückt bedeutet das: Gemäss dem Pariser Abkommen muss sich die Schweiz nur um die Reduktion von derzeit rund 4,1 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr kümmern. Hinzu kommen noch die Emissionen weiterer Treibhausgase, sodass sich ein Gesamtausstoss von 4,7 Tonnen CO₂-Äquivalenten ergibt. Tatsächlich verursachen die Schweizerinnen und Schweizer jedoch Emissionen im Umfang von rund 13,7 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr, wenn das sogenannte Konsumationsprinzip als Berechnungsgrundlage verwendet würde, welches die Emissionen der importierten Güter ebenfalls berücksichtigt.³

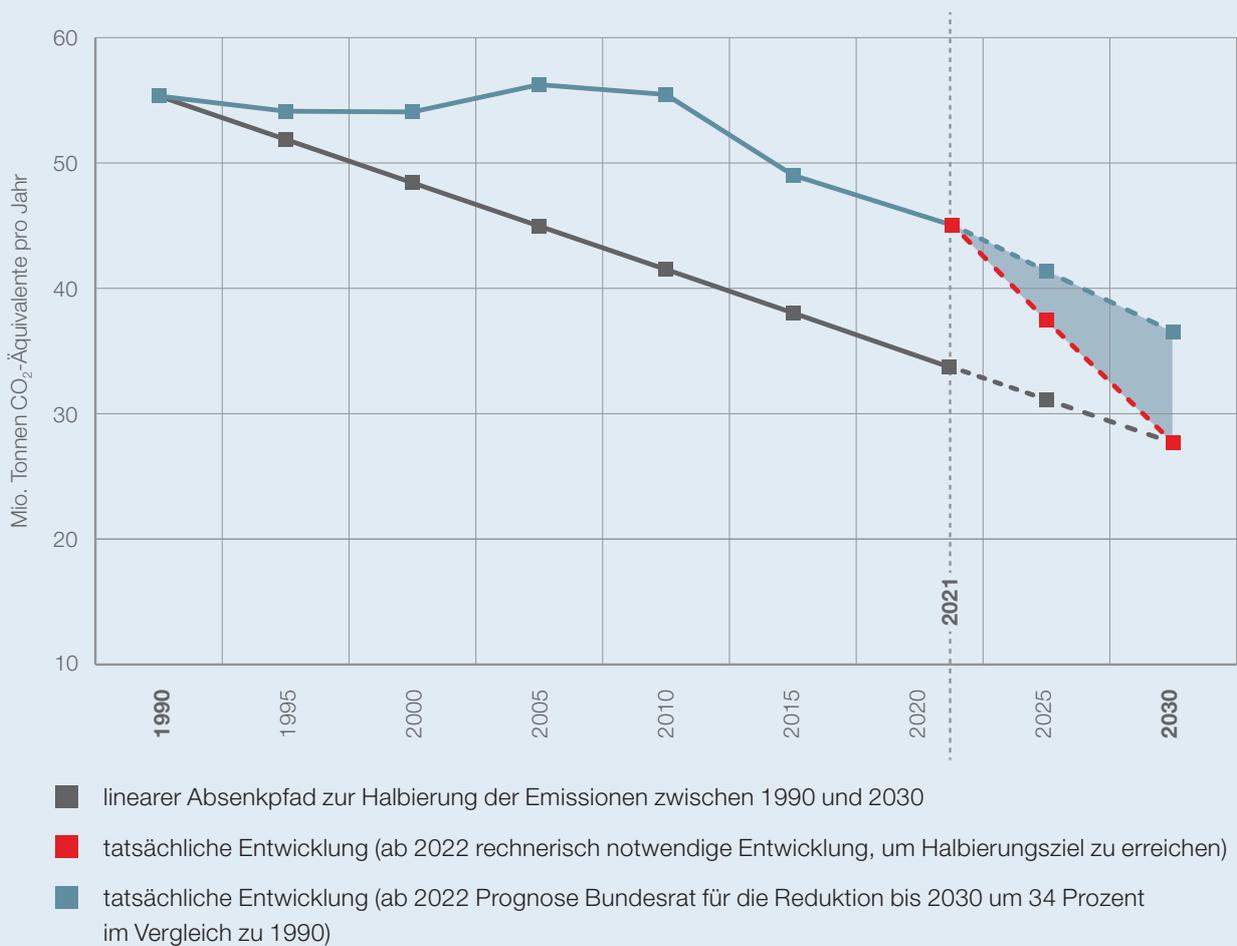
Reduktion der Emissionen

Die Schweiz hat sich dazu verpflichtet, ihre Emissionen bis 2030 gegenüber 1990 mindestens zu halbieren.

In den 31 Jahren nach 1990 hat die Schweiz eine Reduktion der Emissionen um weniger als 20 Prozent erreicht. Dies zeigen die aktuell verfügbaren Daten des Bundes.⁴ In den verbleibenden neun Jahren zwischen 2021 und 2030 sollen nun noch mehr als 30 Prozent dazukommen. Auslandskompensationen sollen deshalb Abhilfe schaffen, damit sich die Lücke zwischen Zielvorgabe und erreichter Reduktion schliessen lässt. Aufgrund der Auslandskompensationen fehlt der nötige Druck in der Politik, um rascher griffige Massnahmen im Inland umzusetzen.

Quelle: Our World in Data, 2021

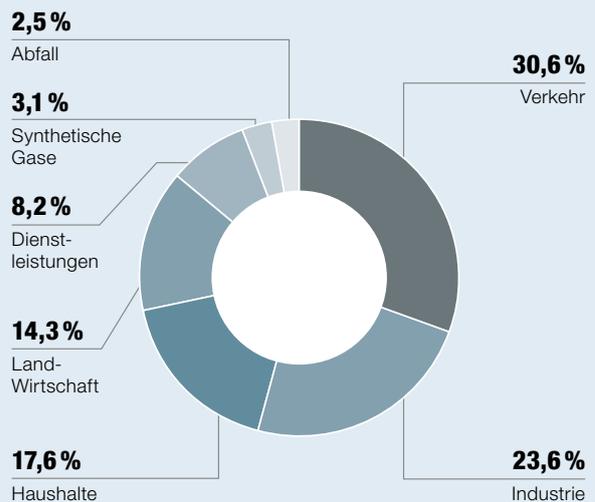
Totale Emissionen der Schweiz von 1990 bis 2030



Verkehr

Der Verkehr stellt zurzeit mit rund 30 Prozent den grössten Anteil an den Schweizer Treibhausgasemissionen dar. Der internationale Flugverkehr ist hier nicht einmal eingerechnet. Zudem ist der Verkehr einer der Sektoren, bei denen die Emissionen seit 1990 in der Schweiz nur geringfügig gesunken sind, konkret um nur rund sieben Prozent. Zum Vergleich: Im Sektor Haushalte gelang gemäss dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) eine Reduktion um einen Viertel.

Mit rund 73,5 Prozent machte der motorisierte Personenverkehr im Jahr 2021 den weitaus grössten Teil des Verkehrssektors aus. Unter diese Kategorie fallen Personenwagen, Motorräder und Reisebusse. Der Güterverkehr, das heisst Lastwagen und Lieferwagen, verursachten 2021 rund 21,5 Prozent der Emissionen aus dem Verkehrssektor. Die restlichen rund 5 Prozent entfielen auf die Bahn, Schifffahrt, Linienbusse und weitere kleinere Bereiche. Es ist also vor allem der motorisierte Personenverkehr, der das Klima im Bereich des Schweizer Verkehrssektors am stärksten belastet.



Anteil Verkehr an den Gesamtemissionen; Quelle: BAFU 2023

Caritas Schweiz hat in einem Positionspapier beleuchtet, wie eine sozial- und klimaverträgliche Wende in der Schweizer Verkehrspolitik gelingen kann. QR-Code zum Download des Positionspapiers:



Klima-Massnahmen im Verkehrssektor

Ein Blick auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Schweiz zeigt, wieso Auslandskompensationen gerade im Verkehrsbereich eine zentrale Rolle spielen. Das Klima- und Innovationsgesetz (Klimaschutzgesetz), welches die Stimmbevölkerung im Juni 2023 guthiess, hat die Ziele des Pariser Abkommens auf nationaler Ebene verankert. Es beinhaltet das Netto-Null-Ziel bis 2050 und die Zwischenschritte, welche die Schweiz bis dahin erreichen muss. Der wichtigste gesetzliche Rahmen für die konkrete Umsetzung der internationalen Verpflichtungen ist das CO₂-Gesetz. Es trat 2013 in Kraft und wurde seither mehrmals revidiert. Das CO₂-Gesetz umfasst eine Reihe von Instrumenten, mit welchen die verschiedenen Arten von Treibhausgasemissionen an der Quelle ihrer Entstehung reduziert werden sollen. Für fossile Brennstoffe existiert mit der CO₂-Abgabe eine Lenkungsabgabe. Diese müssen Privatpersonen und ein Grossteil der Unternehmen für die Verbrennung von Heizöl und Erdgas bezahlen. Ein Teil dieser Einnahmen wird an die Wirtschaft und die Bevölkerung rückverteilt. Der Rest fliesst in ein Gebäudeprogramm für energetische Sanierungen und erneuerbare Heizenergie sowie in einen Technologiefonds. Aktuell beträgt diese Abgabe 120 Franken pro Tonne CO₂.

Für den motorisierten Individualverkehr gibt es dagegen keine solche Besteuerung. Die Interessensvertreterinnen und -vertreter der betroffenen Branchen haben sich erfolgreich gegen eine CO₂-Abgabe auf fossile Treibstoffe gewehrt. Stattdessen haben alle Schweizer Importeure von Benzin und Diesel die Pflicht, einen Teil der Emissionen zu kompensieren, die durch das Verbrennen der von ihnen eingeführten Treibstoffe ausgestossen wird. Der Bundesrat legt den Anteil der Emissionen, die kompensiert werden müssen, jährlich fest. Nach Inkrafttreten des CO₂-Gesetzes betrug der Kompensationsatz 2014 erst 2 Prozent. Inzwischen ist er schrittweise auf 23 Prozent ab 2024 erhöht worden.

Die aktuelle CO₂-Verordnung hält fest, dass die Mineralölgesellschaften zurzeit maximal 5 Rappen pro Liter Benzin oder Diesel aufschlagen dürfen, um ihrer Kompensationspflicht nachzukommen. Diese Obergrenze wurde in den vergangenen Jahren jedoch nie erreicht. Gemäss Auskunft des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) betrug der Aufschlag in den vergangenen Jahren jeweils zwischen 1,5 und 2 Rappen pro Liter Benzin oder Diesel.

Im Herbst 2023 teilten die Treibstoffimporteure aber mit, dass sie in Zukunft mit den maximal 5 Rappen ihre Kosten nicht werden decken können.⁵ Sie begründeten dies damit, dass

der Anteil der Emissionen, den sie zu kompensieren haben, weiter schrittweise erhöht wird. Von der Politik wünschten sie sich deshalb eine Erhöhung der Deckelung. Das Parlament hatte bereits einmal vorgeschlagen, die Deckelung auf 12 Rappen pro Liter zu erhöhen. Die Revision des CO₂-Gesetzes, die diese Erhöhung beinhaltet hätte, wurde jedoch 2020 von der Stimmbevölkerung abgelehnt. Für die Treibstoffimporteure sind die ausländischen Klimaschutzprojekte wichtig, da sie ihnen erlauben, zu einem tieferen Preis ihre Kompensationspflicht zu erfüllen. Klimaschutz in der Schweiz ist vielfach teurer als im Ausland.

Im Vergleich zur CO₂-Abgabe für Brennstoffe ist die Kompensationspflicht für die Konsumentinnen und Konsumenten eine überaus kostengünstige Variante. Die aktuelle Abgabe von 120 Franken pro Tonne CO₂, die bei den fossilen Brennstoffen erhoben wird, würde pro Liter fossilen Treibstoff einen Aufpreis von rund 28 Rappen pro Liter Benzin respektive rund 32 Rappen pro Liter Diesel bedeuten. All dies verdeutlicht, wie stark die Kompensationspflicht auf die wirtschaftlichen Interessen der Treibstoffimporteure Rücksicht nimmt.

Eine Stiftung für die Kompensationspflicht

Um ihre Kompensationspflicht zu erfüllen, haben sich die Schweizer Treibstoffimporteure zu einer Kompensationsgemeinschaft zusammengeschlossen, der Stiftung Klimaschutz und CO₂-Kompensation KliK. Gegründet wurde die Stiftung im Jahr 2012 durch die Erdöl-Vereinigung (heute Avenergy Suisse). Der Stiftungsrat setzt sich aus Führungspersonen der beteiligten Mineralölgesellschaften zusammen. Die Vorgängerorganisation der Stiftung KliK war die Stiftung Klimarappen. Diese erwarb bereits Klima-Zertifikate für die Treibstoffimporteure, als sie in den Jahren vor 2013 noch keiner Kompensationspflicht unterstanden und auf freiwilliger Basis Emissionen durch Klimaschutzprojekte ausglich. Heute erwirbt die Stiftung KliK Zertifikate für Klimaschutzprojekte im In- und Ausland.

In der Schweiz fördert die Stiftung KliK Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Gebäude, Unternehmen und Verkehr. Die Projekte müssen vorgängig durch das BAFU geprüft werden. Bedingung ist, dass die Projekte ohne die Gelder der Stiftung KliK nicht realisiert worden wären. Gefördert werden beispielsweise Wärmeverbünde, Biogasanlagen oder elektrische Hofflader.

Im Ausland kann die Stiftung KliK Projekte in jenen Ländern fördern, mit denen die Schweiz ein bilaterales Klimaschutz-

abkommen abgeschlossen hat. Wie bei der inländischen Förderung müssen auch die ausländischen Klimaschutzprojekte durch das BAFU autorisiert werden. Zusätzlich muss eine Autorisierung durch das Partnerland erfolgen. So soll verhindert werden, dass die Emissionsreduktion sowohl den Klimazielen des Partnerlands wie auch jenen der Schweiz angerechnet wird. Die Stiftung KliK setzt die Klimaschutzprojekte im Ausland nicht selbst um, sondern arbeitet dafür mit lokalen oder internationalen Projektpartnern zusammen.

Gemäss Artikel 6 des Pariser Abkommens müssen die ausländischen Klimaschutzprojekte das Kriterium der «Zusätzlichkeit»

erfüllen. Das heisst, sie müssen über die Klimaschutzmassnahmen hinausgehen, zu welchen sich die Partnerländer in ihren eigenen Klimazielen, den sogenannten NDCs, verpflichtet haben. So soll sichergestellt werden, dass die Kooperation zwischen den Ländern tatsächlich zu einer Steigerung der Ambitionen beiträgt, wie es in Artikel 6 des Pariser Abkommens festgeschrieben ist.

Die Verordnung zum aktuell geltenden CO₂-Gesetz schreibt darüber hinaus vor, dass die Projekte zur nachhaltigen Entwicklung im Partnerland beitragen müssen. Explizit ausgeschlossen sind Vorhaben, die in Zusammenhang stehen mit Menschenrechtsverletzungen und die vor Ort erhebliche negative soziale oder ökologische Auswirkungen haben. Ebenfalls ausgeschlossen sind Aufforstungs- und Waldschutzprojekte, da bei diesen der langfristige Klimanutzen oftmals nicht gewährleistet werden kann.

Für ihre finanzielle Förderung erhält die Stiftung KliK sowohl von den Projektpartnern im In- wie im Ausland Bescheinigungen über die eingesparten Emissionen. Diese liefert sie jährlich an den Bund ab, welcher ihr die Erfüllung der gesetzlichen Kompensationspflicht bestätigt. Ist die Stiftung KliK nicht in der Lage, jährlich genügend Bescheinigungen abzuliefern, bezahlt sie für jede nicht kompensierte Tonne CO₂ eine Sanktion von 160 Franken.

Freiwilliger Markt für Klima-Kompensation

Neben den staatlichen Kompensationsprojekten, die im Auftrag von einzelnen Ländern durchgeführt werden, existiert auch der private oder freiwillige Kompensationsmarkt. Dieser ist weitgehend unreguliert. Er ermöglicht den Handel von Klima-Zertifikaten, mit denen sich Unternehmen als sogenannt «klimaneutral» deklarieren oder mit denen Privatpersonen Konsumgüter oder Fernreisen kompensieren können. Nachdem dieser private Markt in den vergangenen Jahren stark gewachsen ist, geriet eine Reihe von Kompensationsprojekten in der näheren Vergangenheit massiv unter Beschuss. Verschiedene Medien deckten auf, dass viele der Klimaprojekte auf dem freiwilligen Kompensationsmarkt massiv überbewertet seien. Das heisst, es sei eine viel höhere Anzahl an Zertifikaten verkauft worden, als tatsächlich Emissionen reduziert wurden.⁶ Auch Vorwürfe von massiven Menschenrechtsverletzungen wie Zwangsarbeit wurden bei einzelnen Projekten geäussert.⁷

Als Reaktion auf diese Kritik hat bei gewissen Akteuren der Branche ein Umdenken stattgefunden. So sprechen viele Anbieter von Klima-Zertifikaten nun nicht mehr von einer «Kompensation» und der «Klima-Neutralität», sondern versprechen ihren Kundinnen und Kunden, einen «Beitrag» zu leisten zur Bewältigung der Klimakrise. Dieser «Beitrag», den die Käuferinnen und Käufer finanzieren, wird gleichwohl immer noch in Form von Zertifikaten aus Klimaschutzprojekten ausgewiesen.

Energieeffiziente Kochöfen für Peru: Caritas-Studie zum Projekt «Tuki Wasi»

Ein erstes Kompensationsprojekt der Stiftung KliK, das den Schweizer Klimazielen angerechnet wird, ist in Peru angesiedelt. Im südamerikanischen Land kochen heute noch rund 1,8 Millionen Haushalte mit Holz oder mit dem Verbrennen anderer Formen von Biomasse. Bei einem Grossteil dieser Kochherde handelt es sich um offene, wenig energieeffiziente Feuerstellen, die grössere Mengen an Holz benötigen. Vielfach fehlt ein Kamin, sodass die Küche mit Rauch gefüllt wird. Diese Art des Kochens hat nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Gesundheit der Familien negative Auswirkungen. Betroffen ist vor allem die ärmere Bevölkerung im Hochland und in der Amazonas-Region.

Das Projekt «Tuki Wasi» («gemütliches Haus» auf Quechua) will diese Situation ändern. Das Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 bis zu 60'000 energieeffiziente Kochöfen in Haushalten in den drei Regionen Huánuco, Cajamarca und La Libertad im zentralen Hochland von Peru zu installieren.



Profitieren soll vor allem die meist kleinbäuerliche Bevölkerung in abgelegenen Regionen.

Betrieben wird das Projekt von der peruanisch-französischen Firma Microsol, die bereits seit längerer Zeit in diesem Bereich tätig ist. Mit ihrem Projekt «Qori Q'oncha» hat sie seit 2008 an der Installation von über 100'000 verbesserten Kochöfen in der peruanischen Sierra mitgewirkt. Finanziert wurde das Qori Q'oncha-Projekt durch den Verkauf von Klima-Zertifikaten auf dem freiwilligen Kompensationsmarkt (siehe Kasten). Das Projekt Tuki Wasi kommt hingegen hauptsächlich dank Klimageldern aus der Schweiz zustande. Die Stiftung Klimarappen sowie ihre Nachfolgeorganisation Stiftung KliK finanzieren 40'000 Kochherde. Für weitere 20'000 Öfen soll die Finanzierung aus anderen Quellen sichergestellt werden.

Tuki Wasi ist weltweit ein Pionierprojekt unter Artikel 6.2. des Pariser Klimaschutzabkommens. Die Emissionsreduktionen, die das Projekt erreicht, sollen als ITMOs vom peruanischen Staat autorisiert und den Schweizer Klimazielen angerechnet werden. Aufgrund seines Pioniercharakters hat Caritas Schweiz entschieden, das Projekt genauer zu analysieren. Zu diesem Zweck wurde die peruanische NGO CooperAcción mit einer Studie beauftragt. CooperAcción hat ihren Sitz in Lima und setzt sich seit mehr als 25 Jahren für die Rechte der indigenen und kleinbäuerlichen Bevölkerung in Peru ein.

Ziel der Studie war es, herauszufinden, wie das Tuki-Wasi-Projekt im Detail umgesetzt wird, ob die effizienten Kochherde in den Haushalten ankommen und wie das Projekt innerhalb der peruanischen Bemühungen, die Emissionen zu senken, zu verordnen ist. Für die Datenerhebung hat CooperAcción einen Konsultanten engagiert, der aus der Projektregion stammt. Der Konsultant konnte im Juni 2023 zwei der drei Regionen besuchen, in denen die Öfen installiert werden. In den Regionen Huánuco und La Libertad hat er Interviews durchgeführt mit Nutzern und vor allem Nutzerinnen der effizienten Kochöfen. Er konnte ausserdem die lokalen Projektumsetzer sowie die Maurer begleiten, welche die Kochherde in den Haushalten installieren. Zudem wurden für die Studie Interviews durchgeführt mit der Betreiberfirma Microsol, mit der Stiftung KliK, dem peruanischen Umweltministerium, dem BAFU sowie dem Staatssekretariat für Wirtschaft.

Umsetzung und Bau der Öfen

Die Studie von CooperAcción hat ergeben, dass die Kochherde in den Haushalten ankommen und genutzt werden. Sie erfüllen ihren Zweck, den Verbrauch von Brennholz zu reduzieren und den Rauch aus den Häusern abzuleiten. Die

Nutzerinnen und Nutzer sind mit ihren neuen Kochherden zufrieden. Gemäss eigenen Angaben verbrauchen sie dank der Öfen nur noch rund halb so viel Brennholz wie zuvor. Bei jenen Haushalten, die ihr Brennholz einkaufen, führt dies dazu, dass die Kosten gesenkt werden. Jene Familien, die ihr Brennholz selbst sammeln, gewinnen Zeit, die sie für andere Dinge einsetzen können.

Microsol setzt bei der Implementierung ihres Projektes auf lokale Partner. Umgesetzt wird das Tuki-Wasi-Projekt von Ruru Tarpuy, einer eigens für diesen Zweck von Microsol gegründeten NGO. Diese wiederum engagiert in den drei Projektregionen lokal ansässige Organisationen, die vor Ort bereits andere Umweltvorhaben umgesetzt haben und die über ein öffentliches Ausschreibungsverfahren ausgewählt wurden. Diese «Operadores» führen öffentliche Anhörungen durch, in denen sie die Bevölkerung der betreffenden Gebiete über das Projekt informieren. Im Rahmen dieser Anhörungen werden die Haushalte ausgewählt, die für die Installation eines effizienten Kochherdes infrage kommen. Da in den betreffenden Regionen auch vom peruanischen Staat und von anderen Organisationen bereits Ofenprojekte umgesetzt wurden, musste sichergestellt werden, dass die entsprechenden Haushalte nicht schon früher einen verbesserten Kochherd erhalten hatten. Dazu werden die Namen mit einer Datenbank abgeglichen.

Installiert werden die Kochherde von lokalen Maurern, die zu diesem Zweck von den «Operadores» geschult und bezahlt werden. Die Familien müssen die für den Bau der Öfen notwendigen Backsteine zur Verfügung stellen. Die restlichen Materialien werden vom Projekt bereitgestellt. Teil der Installation der Herde ist auch eine Anleitung der Nutzerinnen und Nutzer, die sicherstellen soll, dass die Öfen richtig mit Holz gefüllt und beheizt werden.

Mit dem Erhalt der Öfen unterzeichnen die betreffenden Personen eine sogenannte «Acta de entrega», mit der sie den Empfang des Herdes bescheinigen. Sie bestätigen darin, dass sie den Herd in Zukunft nutzen und für seine Instandhaltung sorgen werden. Zudem akzeptieren sie mit ihrer Unterschrift, dass sie mit dem Erhalt des Ofens «die Umweltvorteile, die durch die Nutzung des verbesserten Kochherdes entstehen», das heisst die Klima-Zertifikate, an die Firma Microsol übertragen. Die Nutzerinnen und Nutzer treten damit ihr Recht auf die Treibhausgasemissionen an Tuki Wasi und damit letztlich an die Schweiz ab.

Zertifizierung und Autorisierung des Projektes

Bei der Zertifizierung des Projektes orientiert sich Microsol an der Methode des Gold Standards. Dabei handelt es sich um einen internationalen Branchenstandard, der grundsätzlich als solide gilt. Aufgrund der Tatsache, dass nur Klima-Zertifikate ausgestellt werden, wenn die Öfen von den Nutzerinnen und Nutzern auch nachweislich gebraucht werden, hat Microsol ein grosses Interesse daran, dass die Umsetzung des Projektes gewissenhaft erfolgt und die Instandhaltung der Öfen funktioniert. Somit unterscheidet sich Tuki Wasi beispielsweise von Projekten des peruanischen Staates oder von anderen Organisationen. Manche dieser Projekte waren in der Vergangenheit dafür kritisiert worden, dass Öfen zwar installiert, aber dann nicht genutzt wurden, weil sie nicht funktionstüchtig waren, weil sie nach kurzer Zeit kaputt gingen oder weil sie nicht den Anforderungen der Nutzerinnen entsprachen.

Ein weiterer Kritikpunkt, welcher oft angebracht wird bei Klimaprojekten, die auf die Technik der verbesserten Kochöfen setzen, ist die Berechnung der Treibhausgasreduktion, die mit den Herden erreicht wird. Die Kritik lautet, dass die Reduktion der Emissionen in den Berechnungen als zu hoch angesetzt werde, es also zu einer Überbewertung der Projekte kommt und zu viele Klima-Zertifikate verkauft werden. Um die Berechnung der Emissionseinsparungen nachvollziehen zu können, ist ein detaillierter Einblick in die technischen Daten eines Projektes notwendig. Da diese bei Tuki Wasi noch in Bearbeitung sind beziehungsweise ihre Prüfung durch die Aufsichtsbehörden noch nicht abgeschlossen ist, wurde CooperAcción keine Einsicht in diese Daten gewährt. Entsprechend war es nicht möglich, die Plausibilität der Berechnungen zu beurteilen. Stattdessen fokussierte sich die Fragestellung der Studie vor allem auch auf die sozialen Auswirkungen des Tuki-Wasi-Projektes.

Wichtig ist die Feststellung, dass bis zum jetzigen Zeitpunkt mit dem Tuki-Wasi-Projekt noch keine ITMOs ausgestellt werden konnten. Wie erwähnt, muss der peruanische Staat das Projekt ebenfalls autorisieren. Die Emissionsreduktionen müssen in ein nationales Register eingetragen werden, um Doppelzahlungen zu verhindern. Die peruanische Regierung hat zu diesem nationalen Register eine öffentliche Konsultation durchgeführt. Gemäss ihrer Gesetzgebung bezüglich der Rechte der indigenen Bevölkerung ist sie dazu verpflichtet, denn viele der Kompensationsprojekte betreffen indigene Gemeinschaften. Dieser Konsultationsprozess hat das Erstellen des nationalen Registers verzögert. Ausserdem fehlt noch die Verordnung, welche die Verwendung des Registers regeln wird und die Kriterien für ITMO-Projekte festlegen soll – unter an-

derem, wie die sogenannte «Zusätzlichkeit» definiert sein soll. Deshalb konnten bis anhin für das Tuki-Wasi-Projekt noch keine Zertifikate ausgestellt werden.

Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung

Gemäss der schweizerischen Gesetzgebung müssen die ausländischen Kompensationsprojekte vor Ort zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen, sie müssen die lokale Gesetzgebung einhalten und sie dürfen keine Menschenrechte verletzen. Bezüglich des ersten Kriteriums stellte CooperAcción fest, dass sich das Tuki-Wasi-Projekt vor Ort im Sinne von mehreren der siebzehn Zielen der Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals, SDG*) positiv auswirkt. Beispielsweise werde durch den reduzierten Verbrauch an Brennholz und dem dadurch eingesparten Geld ein Beitrag geleistet, um die Armut zu reduzieren (SDG 1).

Mit den Kaminen, welche den Rauch aus den Küchen ableiten, minimieren die Öfen die gesundheitlichen Risiken der Nutzerinnen und Nutzer (SDG 3). Indem die Kochherde von lokalen Maurern gebaut werden, hat das Projekt auch einen gewissen positiven Effekt für die lokale Wirtschaft (SDG 8). Allerdings zeigt sich hier, dass diese wirtschaftliche Entwicklung stark auf das Projekt beschränkt bleibt. Die Maurer werden für den Bau der einzelnen Öfen bezahlt, die zum Projekt hinzugerechnet werden. Ein Anreiz, dass die Maurer darüber hinaus vom Projekt unabhängige energieeffiziente Öfen bauen würden, wird nicht geschaffen. Das wäre auch nicht im Interesse von Microsol, da dadurch keine Zertifikate generiert würden.

Fehlende Zusätzlichkeit, ausbleibender Technologietransfer

Trotz diesen zunächst positiven Einschätzungen zeigt die Studie von CooperAcción am Beispiel des Tuki-Wasi-Projektes die Problematik, die sich durch den Kompensationsmechanismus ergibt. Erstens ist fraglich, ob das Projekt tatsächlich das Kriterium der sogenannten Zusätzlichkeit erfüllt. Dies ist ein Kriterium, das den eigentlichen Kompensationseffekt bei solchen internationalen Klimaschutzprojekten sicherstellen muss. Es dürfen nur Projekte angerechnet werden, die ohne das betreffende Projekt nicht realisiert worden wären und somit einen «zusätzlichen» Effekt für das Klima haben.

Energieeffiziente Kochöfen werden in Peru bereits seit den 1980er-Jahren gebaut, um die Armut zu reduzieren, die Gesundheit der Menschen zu verbessern und das Klima zu schützen. Die Studie von CooperAcción zeigt detailliert auf, in welchem Umfang der peruanische Staat, aber auch NGOs in den vergangenen Jahren mit verschiedensten Programmen verbesserte Kochöfen in der Hochlandregion installiert haben. Gemäss diesen Berechnungen haben seit 2008 bereits mindestens 550'000 Haushalte einen solchen verbesserten Ofen erhalten. Das Tuki-Wasi-Projekt ist in diesem Sinne nur eines unter vielen Projekten, das zudem keine technischen Innovationen bringt. Ein Technologietransfer zwischen der Schweiz und Peru findet nicht statt.

Vielmehr erntet die Schweiz mit dem Tuki-Wasi-Projekt die sogenannten «tiefhängenden Früchte» von Peru. Mit diesem Begriff werden im Klimabereich Massnahmen bezeichnet, die leicht und kostengünstig umsetzbar sind und die deshalb oftmals prioritär ergriffen werden, da sie rasch eine Wirkung erzielen können. Weil die Emissionen möglichst rasch sinken müssen, ist es sinnvoll, diese einfachen Massnahmen zuerst umzusetzen. Im Fall des Tuki-Wasi-Projektes pickt sich aber die reiche Schweiz die tiefhängenden Früchte eines anderen, weniger wohlhabenden Landes heraus, um zu tieferen Kosten die eigenen Klimaziele zu erreichen. Das ist moralisch mehr als fragwürdig. Mit dem Pariser Klimaschutzabkommen wurden nicht nur die sogenannten Industrienationen, sondern auch Länder wie Peru dazu verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Der peruanische Staat hat sich in seinem NDC-Bericht zum Ziel gesetzt, bis 2030 die eigenen Emissionen im Vergleich zur aktuellen Situation um 30 Prozent zu reduzieren.⁸

Die Treibhausgasreduktionen, die die Schweiz mit dem Tuki-Wasi-Projekt für sich beansprucht, stehen dem peruanischen Staat für die Erreichung dieses Zieles nicht mehr zur Verfügung. Peru bleiben die Emissionen, die komplexer zu reduzieren sind. Dieses Verhalten der reichen Schweiz widerspricht dem Grundsatz der Klimarahmenkonvention, welches besagt, dass die Staaten entsprechend ihren finanziellen Möglichkeiten Klimaschutzmassnahmen ergreifen sollen. Dem Grundsatz der Klimagerechtigkeit läuft die Schweiz mit diesem unsolidarischen Verhalten zuwider.

Nutzerinnen und Nutzer sind unzureichend informiert

CooperAcción kritisiert darüber hinaus, dass die Nutzerinnen und Nutzer des Tuki-Wasi-Projektes nur unzureichend oder gar nicht über den Kompensationsmechanismus informiert werden. In den öffentlichen Anhörungen des Projektes werde zwar über die Installation der Öfen und die praktische Umsetzung informiert. Eine angemessene Erklärung dazu, wie mit den verbesserten Herden Klima-Zertifikate generiert werden, fehlt jedoch. Dies ist vor allem deshalb höchst fragwürdig, weil die Nutzerinnen und Nutzer wie erwähnt mit dem Erhalt der Öfen ihr Recht auf die Emissionen an Microsol abtreten. Damit ermöglichen sie zwar, dass die Emissionen der Autofahrerinnen und Autofahrer in der Schweiz kompensiert werden. Darüber informiert werden sie allerdings nicht.

Dies widerspricht dem sogenannten Konsultationsrecht der indigenen Bevölkerung Perus, die bei Entwicklungsprojekten vorgängig informiert und befragt werden müssen. Dieser Grundsatz der sogenannten «vorgängigen und informierten Einwilligung» ist durch verschiedene Abkommen auch im internationalen Recht verankert. CooperAcción kritisiert, dass bei der Umsetzung des Tuki-Wasi-Projektes diese spezifischen Bedingungen nicht genügend berücksichtigt werden.

Gesenkte Ambitionen in der Schweiz

CooperAcción plädiert dafür, einen Perspektivenwechsel bezüglich der Kompensationsprojekte einzunehmen. Die eigentlichen «Begünstigten» des Tuki-Wasi-Projektes seien nicht die Frauen der Sierra von Huánuco, La Libertad oder Cajamarca. Diese Frauen seien vielmehr die Produzentinnen von «Umweltleistungen», die auf dem globalen Markt gehandelt werden. Die wahren «Begünstigten» seien vielmehr die Konsumentinnen und Konsumenten von fossilen Treibstoffen in der Schweiz, die «ohne jede Anstrengung und für eine minimale

Gebühr von fünf Rappen pro Liter die falsche Illusion vermittelt bekommen, dass sie ihren Teil zur Lösung des Problems beigetragen haben, während sie weiter konsumieren wie bisher», wie die Autorinnen und Autoren der Studie schreiben.

Auch hält CooperAcción fest, Kompensationsvorhaben wie das Tuki-Wasi-Projekt bergen das Risiko, dass Prioritäten falsch gesetzt werden. Die ausländischen Projekte würden dafür genutzt, dass die «heiligen Kühe der wohlhabenden Konsumentinnen und Konsumenten im Norden» unangetastet bleiben. In diesem Sinne könne der «beste Kochofen einer Señora aus Huánuco, auch wenn dieser noch so gut ist», einen negativen Effekt auf die globale Reduktion der Treibhausgasemissionen haben.

QR-Code zu den Ergebnissen der Studie von CooperAcción:



Die Emissionen aus dem Schweizer Verkehrssektor sind in den vergangenen Jahren kaum gesunken. Trotzdem gibt die Schweiz vor, mit der Erfüllung ihrer Klimaziele auf Kurs zu sein. Tatsächlich ist es bei diesem Beispiel jedoch die kleinbäuerliche Bevölkerung im zentralen Hochland von Peru, welche den eigentlichen Nutzen für das Klima erzielt. Der Kompensationsmechanismus führt somit nicht zu einer Verhaltensänderung in reichen Ländern wie der Schweiz, obwohl genau eine solche dringend notwendig wäre, um die globalen Klimaziele zu erreichen.

Schlussfolgerungen

Die Untersuchung des Tuki-Wasi-Projektes in Peru zeigt, wie fragwürdig die Auslandskompensationen der Schweiz sind. Statt die Emissionen hierzulande auch in Bereichen wie dem Verkehr entsprechend den gesetzten Klimazielen zu reduzieren, wird mit einem enormen Aufwand ein internationaler Kompensationsmechanismus entwickelt, der es uns ermöglicht, die Verantwortung ins Ausland abzuschieben.

Obwohl der Verkehrssektor für die Schweiz zu den Bereichen gehört, in denen das Potenzial für eine verursacherbezogene Reduktion von Treibhausgasen am grössten ist, hat die Schweiz genau dort fragwürdige Instrumente für eine Auslandskompensation ermöglicht. Das ist doppelt problematisch: Damit geht Zeit verloren, um den motorisierten Personenverkehr deutlich klimaverträglicher auszugestalten. Gleichzeitig ist die Wirkung der Kompensationsmechanismen im Ausland höchst fragwürdig. Während unsere Autos weiterhin eine hohe Menge an Treibhausgasen produzieren, geben wir uns der falschen Gewissheit hin, mit den ausländischen Projekten unsere Reduktionspflichten zu erfüllen.

Darüber hinaus ist die Logik der Auslandskompensation auch ethisch problematisch. Wieso sollen in Armut lebende Menschen ihren Holzverbrauch reduzieren, nur damit wir unseren Lebensstil und insbesondere unser Verkehrsverhalten, das viel Treibhausgas produziert, nicht ändern müssen? Wenn die reiche Schweiz es nicht schafft, ambitionierten Klimaschutz zu betreiben und die eigenen Klimaziele durch Reduktionmassnahmen selbständig zu erreichen, wie soll dies Ländern mit geringeren finanziellen Ressourcen gelingen?

Neben der von Caritas Schweiz in Peru in Auftrag gegebenen Studie stellen auch Recherchen von anderen Organisationen die Zusätzlichkeit der Schweizer Kompensationsprojekte in Frage. So hat beispielsweise Alliance Sud aufgezeigt, dass bei einem Klimaprojekt der Stiftung KliK in Thailand das Kriterium der Zusätzlichkeit ebenfalls nicht erfüllt ist.⁹ Das Tuki-Wasi-Projekt ist somit kein Einzelfall.

Während die Schweiz eine Pionierrolle damit einzunehmen versucht, günstige Klimaschutzprojekte im Ausland zu finanzieren, die ihren eigenen Klimazielen angerechnet werden, ist sie weitaus weniger ambitioniert mit ihrem Beitrag an die internationale Klimafinanzierung. Zusammen mit den anderen Industriestaaten ist die Schweiz verpflichtet, die Länder im Globalen Süden bei Klimaschutz- und Anpassungsmassnahmen zu unterstützen. Bisher verfehlt sie es, dafür einen angemessenen Beitrag aufzubringen. Schlimmer noch: Die Schweiz setzt dafür vor allem Gelder aus dem Budget der Internationalen Zusammenarbeit ein, wodurch weniger Geld für die Armutsbekämpfung übrigbleibt. Caritas Schweiz fordert seit langem, dass der Beitrag der Schweiz an die internationale Klimafinanzierung erhöht werden muss – ausserhalb des Budgets für die Internationale Zusammenarbeit.

Forderungen von Caritas Schweiz

Die Schweiz setzt bei der Erfüllung ihrer Klimaziele unter anderem auf ausländische Klimaschutzprojekte. Insbesondere will sie damit die Emissionen aus dem Verkehrssektor zu einem Teil kompensieren. Die Schweiz wird aber darüber hinaus solche internationalen Bescheinigungen zukaufen müssen, weil sie es mit den geplanten Reduktionsmassnahmen im Inland nicht schaffen wird, ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 um mindestens die Hälfte zu reduzieren. Die im vorliegenden Positionspapier präsentierten Studien-Ergebnisse zeigen, dass ein in Peru durchgeführtes und dieser Logik folgendes Kompensationsprojekt zwar technisch funktioniert. Der Kompensationsmechanismus wirft jedoch eine Reihe von Fragen auf:

Erstens ist für Caritas Schweiz mehr als fraglich, ob das Projekt tatsächlich einen zusätzlichen Klima-Nutzen hat und das Kriterium der Zusätzlichkeit erfüllt ist. Zweitens zeigt das Projekt exemplarisch, wie die reiche Schweiz mit ihren Auslandskompensationen ärmeren Ländern wie Peru die sogenannten tiefhängenden Früchte für eine Reduktion der selbst verursachten Treibhausgase aberntet. Und drittens führt der Kompensationsmechanismus dazu, dass die Ambitionen in der Schweiz sinken, die Treibhausgasemissionen im Inland zu reduzieren. Die Menschen in Peru vermindern ihren Klima-Fussabdruck, doch diese Leistung wird der Schweiz zugeschrieben. All diese Punkte widersprechen dem Grundsatz der Klimagerechtigkeit. Dieser sieht vor, dass die Schweiz bei der Bewältigung der Klimakrise Verantwortung übernimmt und aus der Nutzung fossiler Energien aussteigt.

Aus diesem Grund fordert Caritas Schweiz:

1. Keine Auslandskompensation der Schweizer Emissionen

Die Schweiz darf ihre Verantwortung für die Bekämpfung der Klimakrise nicht ins Ausland abschieben. Auslandskompensationen sind unsolidarisch und in ihrer Wirksamkeit fragwürdig. Ausserdem führen sie dazu, dass die Ambitionen für den Klimaschutz in der Schweiz sinken. Caritas Schweiz fordert deshalb vom Bundesrat und Parlament, stattdessen effiziente und griffige Massnahmen zu ergreifen, die es ermöglichen, die Schweizer Klimaziele im Inland zu erreichen. Dies ist nicht nur aufgrund des Grundsatzes der Klimagerechtigkeit und damit entwicklungspolitisch dringend notwendig, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll.

2. CO₂-Gesetz entsprechend anpassen

In der laufenden Revision des CO₂-Gesetzes müssen die Auslandskompensationen auf ein Minimum reduziert werden. Die verbleibenden ausländischen Kompensationsprojekte müssen das Kriterium der Zusätzlichkeit vollumfassend erfüllen und müssen vor Ort zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Für die Zeit nach 2030 muss gänzlich auf die Möglichkeiten von Auslandskompensationen verzichtet werden. Es ist wichtig und richtig, dass sich die Schweiz auch im Ausland für den Klimaschutz engagiert, aber dieses Engagement darf nicht als Kompensation dienen für mangelnde inländische Reduktionsbemühungen.

3. Gerechter Beitrag an internationale Klimafinanzierung

Vielmehr muss sich die Schweiz für eine starke internationale Klimafinanzierung einsetzen. Statt auf Kompensation für unzureichende Leistungen im Inland zu setzen, muss die Schweiz einen echten Beitrag leisten zum Klimaschutz in den Ländern des Globalen Südens. Zusammen mit den anderen Industrieländern hat sich die Schweiz bereits vor Jahren verpflichtet, einen angemessenen Beitrag an die internationale Klimafinanzierung zu leisten. Ärmere Länder sollen mit diesen Geldern beim Klimaschutz und der Anpassung an die veränderten Bedingungen unterstützt werden. Die Schweiz muss im Ausland Klimaschutzprojekte finanzieren, die einen echten Nutzen für das Klima erzielen, die einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung vor Ort leisten, und welche die Rechte der betroffenen Bevölkerung respektieren.

¹Switzerland: Switzerland First NDC (Updated submission), 2021.
Online: https://unfccc.int/sites/default/files/NDC/2022-06/Swiss%20NDC%202021-2030%20incl%20ICTU_December%202021.pdf?download

²Bundesrat: Botschaft zur Revision des CO₂-Gesetzes für die Zeit nach 2024, 2022. Online: <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/73140.pdf>

³BAFU. «Kenngrossen zur Entwicklung der Treibhausgasemissionen in der Schweiz 1990–2021», 2023. Online: https://www.bafu.admin.ch/dam/bafu/de/dokumente/klima/fachinfo-daten/kenngroessen_thg_emissionen_schweiz.pdf.download.pdf/Kenngroessen_2022_DE.pdf

⁴Ritchie, Hannah; Rosado, Pablo; Roser, Max: CO₂ and Greenhouse Gas Emissions, in: Our World in Data, 28.12.2023.
Online: <https://ourworldindata.org/co2-and-greenhouse-gas-emissions>

⁵Avenergy Suisse: Medienmitteilung vom 21.9.2023 – Erhöhung der KliK-Kompensationsbeiträge: Avenergy Suisse fordert Ständerat zum Handeln auf, 21.09.2023,
Online: <https://avenergy.ch/de/?view=article&id=1064&catid=2>

⁶Fischer, Tin; Knuth, Hannah: CO₂-Zertifikate: Der große Klima-Betrug, in: Die Zeit, Hamburg 18.01.2023. Online: <https://www.zeit.de/2023/04/co2-zertifikate-betrug-emissionshandel-klimaschutz/komplettansicht>, Stand: 09.02.2023; Greenfield, Patrick: Revealed: more than 90 % of rainforest carbon offsets by biggest certifier are worthless, analysis shows, in: The Guardian, 18.01.2023. Online: <https://www.theguardian.com/environment/2023/jan/18/revealed-forest-carbon-offsets-biggest-provider-worthless-verra-aoe>

⁷Sys, Mira; Gijzel, Ties: CO₂ emissions by Spotify and BP offset with cotton residues from Xinjiang, Follow the Money, 13.11.2023, Online: <https://www.ftm.eu/articles/south-pole-sold-carbon-credits-generated-in-xinjiang>

⁸Gobierno del Perú: Contribuciones determinadas a nivel nacional del Perú: Reporte de actualización periodo 2021-2030, 2020, S. 9. Online: <https://unfccc.int/sites/default/files/NDC/2022-06/Reporte%20de%20Actualizacio%CC%81n%20de%20las%20NDC%20del%20Peru%CC%81.pdf>

⁹Delia Berner: Neue E-Busse in Bangkok – kein Ersatz für Klimaschutz in der Schweiz, Alliance Sud, 2023. Online: <https://www.alliancesud.ch/de/neue-e-busse-bangkok-kein-ersatz-fuer-klimaschutz-der-schweiz>

Februar 2024

Autorin:
Angela Lindt, Leiterin Fachstelle Entwicklungspolitik
E-Mail alindt@caritas.ch, Tel. 041 419 23 95

Online-Version dieses Papiers:
www.caritas.ch/de/entwicklungspolitik





Das Richtige tun
Agir, tout simplement
Fare la cosa giusta

Caritas Schweiz

Adligenswilerstrasse 15
Postfach
CH-6002 Luzern

Telefon: +41 41 419 22 22
E-Mail: info@caritas.ch

Internet: www.caritas.ch
IBAN: CH69 0900 0000 6000 7000 4

Qualitätsmanagementsystem
ISO 9001, Reg.-Nr. 14075
NPO-Label, Reg.-Nr. 22116